

Bundesgesetzblatt ¹⁹³

Teil II

Z 1998 A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 9. März 1993

Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
25. 1. 93	Bekanntmachung der deutsch-mosambikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit . .	194
25. 1. 93	Bekanntmachung der deutsch-mosambikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit . .	195
26. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit	196
28. 1. 93	Bekanntmachung des deutsch-madagassischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	196
28. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)	198
28. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)	198
28. 1. 93	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderung des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets	199
29. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechts der Staaten ohne Meeresküste	199
1. 2. 93	Bekanntmachung des deutsch-beninischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	200
3. 2. 93	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	202
4. 2. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen . .	212
8. 2. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	212
8. 2. 93	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Mali	213
8. 2. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung sowie des Protokolls zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)	214
8. 2. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container	215
8. 2. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens	215

**Bekanntmachung
der deutsch-mosambikanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 25. Januar 1993

Die in Maputo durch Notenwechsel vom 26. August/
23. November 1992 getroffene Vereinbarung zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Re-
gierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusam-
menarbeit ist

am 23. November 1992

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note der Verein-
barung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Januar 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Maputo, den 26. August 1992

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter
Bezugnahme auf das Abkommen vom 25. April 1988 zwischen unseren beiden Regierun-
gen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über die Änderung dieses
Abkommens vorzuschlagen:

1. Der in Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 25. April 1988 für das Vorhaben
„Telexerweiterung Beira“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu
10 700 000,- DM (in Worten: zehn Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark)
wird um 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) gekürzt, so daß für das
genannte Vorhaben nunmehr ein Gesamtbetrag in Höhe von bis zu 9 700 000,- DM (in
Worten: neun Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) zur Verfügung steht.
Gleichzeitig wird für die Begleitmaßnahme „Personelle Unterstützung beim Betrieb und
bei der Wartung von Telexeinrichtungen und -anlagen“ ein Finanzierungsbeitrag von
1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zur Verfügung gestellt.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom
25. April 1988 auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Mosambik mit den in den Nummern 1 und 2
enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einver-
ständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine
Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer
Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gehl

Seiner Exzellenz
dem Außenminister
der Republik Mosambik
Dr. Pascoal Mocumbi

**Bekanntmachung
der deutsch-mosambikanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 25. Januar 1993

Die in Maputo durch Notenwechsel vom 30. September/23. November 1992 getroffene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit ist

am 23. November 1992

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Januar 1993

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

Maputo, den 30. September 1992

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 3. Dezember 1987 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über die Änderung dieses Abkommens vorzuschlagen:

1. Der in Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 3. Dezember 1987 für das Vorhaben „Eisenbahnbergungsgerät“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 11 500 000,- DM (in Worten: elf Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) wird um 800 000,- DM (in Worten: achthunderttausend Deutsche Mark) gekürzt, so daß für das genannte Vorhaben nunmehr ein Gesamtbetrag in Höhe von bis zu 10 700 000,- DM (in Worten: zehn Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) zur Verfügung steht. Gleichzeitig wird für die Begleitmaßnahme „Technische Assistenz für den Betrieb und die Unterhaltung des Bergungsgeräts“ ein Finanzierungsbeitrag von 800 000,- DM (in Worten: achthunderttausend Deutsche Mark) zur Verfügung gestellt.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 3. Dezember 1987 auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Mosambik mit den in den Nummern 1 und 2 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gehl

Seiner Exzellenz
dem Außenminister der
Republik Mosambik
Herrn Dr. Pascoal Mocumbi

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit**

Vom 26. Januar 1993

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Europäischen Übereinkommen vom 21. April 1961 über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (BGBl. 1964 II S. 425) notifiziert. Dementsprechend ist Slowenien am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1992 (BGBl. 1993 II S. 14).

Bonn, den 26. Januar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-madagassischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. Januar 1993

Das in Antananarivo am 15. Dezember 1992 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 15. Dezember 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Januar 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Reisprojekt Betsiboka, Phase VI“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Madagaskar,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Republik Madagaskar beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Antananarivo Nr. 868/91 vom 20. Dezember 1991 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung von Investitionen und Begleitmaßnahmen im Rahmen des Vorhabens „Reisprojekt Betsiboka, Phase VI“ einen Zuschuß im Wege eines Finanzierungsbeitrags bis zu einem Gesamtbetrag von 17,0 Mio. DM (in Worten: siebzehn Millionen Deutsche Mark), zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Madagaskar erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen und erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden, wenn die Angebote in etwa vergleichbar sind.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Antananarivo am 15. Dezember 1992 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Günter Held

Für die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
Cesaire Rabenoro

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)**

Vom 28. Januar 1993

Das Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) – BGBl. 1974 II S. 565; 1988 II S. 630, 672, 865 – wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Griechenland am 1. April 1993
in Kraft treten.

Ferner hat Kroatien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 6. Februar 1976 (BGBl. II S. 386) und vom 3. Januar 1989 (BGBl. II S. 84).

Bonn, den 28. Januar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

Vom 28. Januar 1993

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1961 II S. 1119 – notifiziert.

Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. Dezember 1961 (BGBl. 1962 II S. 12) und vom 8. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 66).

Bonn, den 28. Januar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Änderung
des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets**

Vom 28. Januar 1993

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1992 zur Änderung des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen) – BGBl. 1992 II S. 502 – wird bekanntgemacht, daß die am 22. April 1991 vorgeschlagene Änderung des Übereinkommens nach seinem Artikel 23 für

Deutschland am 3. Februar 1993

in Kraft treten wird; die Annahmeerkunde ist am 13. Oktober 1992 bei der Regierung von Finnland hinterlegt worden.

Die Änderung wird ferner am 3. Februar 1993 in Kraft treten für

Dänemark

Estland

Finnland

Litauen

Polen

Russische Föderation

Schweden.

Bonn, den 28. Januar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Erklärung
über die Anerkennung des Flaggenrechts der Staaten ohne Meeresküste**

Vom 29. Januar 1993

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu der Erklärung vom 20. April 1921 über die Anerkennung des Flaggenrechts der Staaten ohne Meeresküste (RGBl. 1932 II S. 93) notifiziert.

Dementsprechend ist Kroatien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Erklärung geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 19. März 1932 (RGBl. II S. 93) und vom 9. Februar 1989 (BGBl. II S. 186).

Bonn, den 29. Januar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-beninischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 1. Februar 1993

Das in Cotonou am 15. Dezember 1992 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Benin über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 15. Dezember 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Februar 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Benin
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Benin –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Benin,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommen ist,

In der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Benin beizutragen,

unter Bezugnahme auf die zwischen den beiden Regierungen
in der Zeit vom 2. bis 4. Juni 1992 in Bonn geführten Verhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Benin, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt (Main), neue Finanzierungsbeiträge bis
zu insgesamt 60 000 000,- DM (in Worten: sechzig Millionen
Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Wie in den Nummern 2.2.2 und 2.2.3 des Protokolls der
Regierungsverhandlungen vom 4. Juni 1992 vereinbart, werden
Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 8 700 000,- DM (in Wor-
ten: acht Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) aus
den Zusagen der Jahre 1988 und 1990 reprogrammiert.

Das Abkommen vom 28. Juni 1988 zwischen der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik
Benin (Vorhaben „Pisten- und Brückenprogramm Atakora“) und
das Abkommen vom 2. November 1990 zwischen der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik
Benin (Vorhaben „Wasserversorgung Lokossa und Athiéme“) werden
entsprechend geändert.

(3) die in den Absätzen 1 und 2 genannten Finanzierungsbeiträge
in Höhe von insgesamt 68 700 000,- DM (in Worten: achtund-
sechzig Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) werden
zur Finanzierung folgender Vorhaben verwendet, wenn nach ihrer
Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist:

- a) bis zu 24 000 000,- DM (in Worten: vierundzwanzig Millionen
Deutsche Mark) für das Vorhaben „Strukturhilfe zur Unterstüt-
zung des dritten Strukturanpassungsprogramms in Kofinan-
zierung mit der Weltbank“;
- b) bis zu 27 700 000,- DM (in Worten: siebenundzwanzig Millio-
nen siebenhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben
„Ausbau der Straße Cotonou – Porto Novo“;
- c) bis zu 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deut-
sche Mark) für das Vorhaben „Wasserversorgung Provinz-
städte“;
- d) bis zu 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche
Mark) für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds“.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Benin zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 3 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Die in Absatz 3 Buchstabe a bis c bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Benin durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 3 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Benin stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchfüh-

rung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Benin erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Benin überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden, wenn die Angebote in etwa vergleichbar sind.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Cotonou am 15. Dezember 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Hochschild

Für die Regierung der Republik Benin
Holo

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Patentreibzusammenarbeitsvertrag**

Vom 3. Februar 1993

Die Versammlung des Verbandes für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens hat am 29. September 1992 Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentreibzusammenarbeitsvertrag vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 721) beschlossen. Die Änderungen werden aufgrund des Artikels X Nr. 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekanntgemacht. Die neu eingefügte Regel 32 ist am 1. Oktober 1992 in Kraft getreten. Die Änderungen der Regeln 37, 38, 43, 55, 60, 61, 66, 70, 74 und 92 sind am 1. Januar 1993 in Kraft getreten. Die Änderungen der Regeln 10, 11 und 48 treten am Tage des Beitritts der Volksrepublik China zum Patentreibzusammenarbeitsvertrag in Kraft. Dieser Tag wird gesondert bekanntgemacht werden.

Außerdem wird eine Berichtigung der deutschen Fassung der Regel 66.2 Absatz a Ziffer ii bekanntgemacht, die das Internationale Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum mitgeteilt hat.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Juni 1992 (BGBl. II S. 627, 1052).

Bonn, den 3. Februar 1993

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Schuster

I.
**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens
(PCT)**

Gemäß Beschluß der PCT-Versammlung
vom 29. September 1992

**Amendments
to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted by the Assembly
of the International Patent Cooperation (PCT) Union
on September 29, 1992

**Modifications du règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

Adoptées par l'Assemblée de l'Union Internationale
de coopération en matière de brevets (Union PCT),
le 29^e septembre 1992

(Übersetzung)

Rule 10

Terminology and Signs

10.1 Terminology and Signs

(a) to (e) [No change]

(f) When the international application or its translation is in Chinese, English or Japanese, the beginning of any decimal fraction shall be marked by a period, whereas, when the international application or its translation is in a language other than Chinese, English or Japanese, it shall be marked by a comma.

10.2 [No change]

Règle 10

Terminologie et signes

10.1 Terminologie et signes

a) à e) [Sans changement]

f) Lorsque la demande internationale est établie ou traduite en anglais, en chinois ou en japonais, les décimales doivent être indiquées par un point; lorsque la demande internationale est établie ou traduite dans une langue autre que l'anglais, le chinois ou le japonais, les décimales doivent être indiquées par une virgule.

10.2 [Sans changement]

Regel 10

Terminologie und Zeichen

10.1 Terminologie und Zeichen

a) bis e) [Keine Änderung]

f) Der Beginn von Dezimalstellen ist, wenn die internationale Anmeldung oder ihre Übersetzung in chinesischer, englischer oder japanischer Sprache abgefaßt ist, durch einen Punkt und, wenn die internationale Anmeldung oder ihre Übersetzung in einer anderen Sprache abgefaßt ist, durch ein Komma zu kennzeichnen.

10.2 [Keine Änderung]

Rule 11

**Physical Requirements
of the International Application**

11.1 to 11.8 [No change]

11.9 Writing of Text Matter

(a) [No change]

Règle 11

**Conditions matérielles
de la demande internationale**

11.1 à 11.8 [Sans changement]

11.9 Modes d'écriture des textes

a) [Sans changement]

Regel 11

**Bestimmungen über die äußere Form
der internationalen Anmeldung**

11.1 bis 11.8 [Keine Änderung]

11.9 Schreibweise von Texten

a) [Keine Änderung]

(b) Only graphic symbols and characters, chemical or mathematical formulae, and certain characters in the Chinese or Japanese language may, when necessary, be written by hand or drawn.

(c) and (d) [No change]

(e) As far as the spacing of the typing and the size of the characters are concerned, paragraphs (c) and (d) shall not apply to texts in the Chinese or Japanese language.

11.10 to 11.14 [No change]

b) Seuls, les symboles et caractères graphiques, les formules chimiques ou mathématiques et certains caractères en graphie chinoise ou japonaise peuvent, lorsque cela est nécessaire, être manuscrits ou dessinés.

c) et d) [Sans changement]

e) Pour ce qui concerne l'interligne à utiliser en dactylographie et la taille des caractères, les alinéas c) et d) ne s'appliquent pas aux textes établis en langue chinoise ou japonaise.

11.10 à 11.14 [Sans changement]

b) Nur graphische Symbole und Schriftzeichen, chemische oder mathematische Formeln und besondere Zeichen der chinesischen oder japanischen Sprache können, falls notwendig, handgeschrieben oder gezeichnet sein.

c) und d) [Keine Änderung]

e) Die Absätze c und d sind, soweit sie den Zeilenabstand und die Größe der Buchstaben betreffen, auf Texte in chinesischer oder japanischer Sprache nicht anzuwenden.

11.10 bis 11.14 [Keine Änderung]

Rule 32

Extension of Effects of International Application to Certain Successor States

32.1 Request for Extension of International Application to Successor State

(a) The effects of any international application whose international filing date falls in the period defined in paragraph (b) may, subject to the performance by the applicant of the acts specified in paragraph (c), be extended to a State ("the successor State") whose territory was, before the independence of that State, part of the territory of a Contracting State which subsequently ceased to exist ("the predecessor State"), provided that the successor State has become a Contracting State through the deposit, with the Director General, of a declaration of continuation the effect of which is that the Treaty is applied by the successor State.

(b) The period referred to in paragraph (a) starts on the day following the last day of the existence of the predecessor State and ends two months after the date on which the declaration referred to in paragraph (a) was notified by the Director General to the Governments of the States party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property. However, where the date of independence of the successor State is earlier than the date of the day following the last day of the existence of the predecessor State, the successor State may declare that the said period starts on the date of its independence; such a declaration shall be made together with the declaration referred to in paragraph (a) and shall specify the date of independence.

(c) In respect of any international application whose filing date falls within the applicable period under paragraph (b), the International Bureau shall send the applicant a notification informing him that he may make a request for extension by performing, within three months from the date of that notification, the following acts:

(i) filing with the International Bureau the request for extension;

Règle 32

Extension des effets d'une demande internationale

à certains Etats successeurs

32.1 Demande d'extension d'une demande internationale à l'Etat successeur

a) Les effets d'une demande internationale dont la date de dépôt international se situe pendant la période définie à l'alinéa b) peuvent, sous réserve de l'accomplissement par le déposant des actes indiqués à l'alinéa c), être étendus à un Etat (dit «Etat successeur») dont le territoire faisait partie, avant l'indépendance de cet Etat, du territoire d'un Etat contractant qui a par la suite cessé d'exister (dit «Etat prédécesseur»), à condition que l'Etat successeur soit devenu Etat contractant en déposant, auprès du Directeur général, une déclaration de continuation qui aura pour effet l'application du traité par l'Etat successeur.

b) La période mentionnée à l'alinéa a) commence le jour qui suit le dernier jour de l'existence de l'Etat prédécesseur et s'achève deux mois après la date à laquelle la déclaration visée à l'alinéa a) a été notifiée par le Directeur général aux gouvernements des Etats parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle. Toutefois, lorsque la date de l'indépendance de l'Etat successeur est antérieure au jour qui suit le dernier jour de l'existence de l'Etat prédécesseur, l'Etat successeur peut déclarer que ladite période commence le jour de son indépendance; cette déclaration doit être faite en même temps que la déclaration mentionnée à l'alinéa a) et doit préciser la date de l'indépendance.

c) En ce qui concerne toute demande internationale dont la date de dépôt se situe pendant la période applicable en vertu de l'alinéa b), le Bureau international envoie au déposant une notification informant qu'il peut faire une demande d'extension en accomplissant, dans les trois mois à compter de la date de cette notification, les actes suivants:

i) dépôt auprès du Bureau international de la demande d'extension;

Regel 32

Erstreckung der Wirkungen der internationalen Anmeldung auf bestimmte Nachfolgestaaten

32.1 Antrag auf Erstreckung der internationalen Anmeldung auf den Nachfolgestaat

a) Die Wirkungen einer internationalen Anmeldung, deren internationales Anmeldedatum in den in Absatz b) genannten Zeitraum fällt, können, sofern der Anmelder die in Absatz c) genannten Handlungen vornimmt, auf einen Staat („den Nachfolgestaat“) erstreckt werden, dessen Gebiet vor seiner Unabhängigkeit Teil des Gebiets eines Vertragsstaates war, der nicht mehr fortbesteht („der Vorgängerstaat“), vorausgesetzt, daß der Nachfolgestaat Mitgliedstaat geworden ist durch Hinterlegung einer Fortsetzungserklärung beim Generaldirektor des Inhalts, daß der Vertrag vom Nachfolgestaat angewandt wird.

b) Der in Absatz a) genannte Zeitraum beginnt mit dem auf den letzten Tag des Bestehens des Vorgängerstaats folgenden Tag und endet zwei Monate nach dem Tag, an dem die in Absatz a) genannte Erklärung den Regierungen der Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom Generaldirektor notifiziert worden ist. Liegt jedoch das Datum der Unabhängigkeit des Nachfolgestaates vor dem auf den letzten Tag des Bestehens des Vorgängerstaates folgenden Tag, so kann der Nachfolgestaat erklären, daß dieser Zeitraum mit dem Datum seiner Unabhängigkeit beginnt; diese Erklärung ist zusammen mit der Erklärung nach Absatz a) abzugeben und hat das Datum der Unabhängigkeit anzugeben.

c) Für jede internationale Anmeldung, deren Anmeldedatum in den nach Absatz b) maßgeblichen Zeitraum fällt, übersendet das Internationale Büro dem Anmelder eine Mitteilung, daß er einen Antrag auf Erstreckung stellen kann, indem er innerhalb von drei Monaten nach dem Datum dieser Mitteilung die folgenden Handlungen vornimmt:

i) Einreichung eines Antrags auf Erstreckung beim Internationalen Büro;

- (ii) paying to the International Bureau an extension fee in Swiss francs, the amount of which shall be the same as the amount of the designation fee referred to in Rule 15.2(a).
- (d) This Rule shall not apply to the Russian Federation.
- 32.2 Effects of Extension to Successor State**
- (a) Where a request for extension is made in accordance with Rule 32.1,
- (i) the successor State shall be considered as having been designated in the international application, and
- (ii) the applicable time limit under Article 22 or 39(1) in relation to that State shall be extended until the expiration of at least three months from the date of the request for extension.
- (b) Where, in the case of a successor State which is bound by Chapter II of the Treaty, the request for extension was made after, but the demand was made before, the expiration of the 19th month from the priority date, and a later election is made of the successor State within three months from the date of the request for extension, the applicable time limit under paragraph (a)(ii) shall be at least 30 months from the priority date.
- (c) The successor State may fix time limits which expire later than those provided in paragraphs (a)(ii) and (b). The International Bureau shall publish information on such time limits in the Gazette.
- ii) paiement au Bureau international d'une taxe d'extension en francs suisses, du même montant que la taxe de désignation visée à la règle 15.2.a).
- d) La présente règle ne s'applique pas à la Fédération de Russie.
- 32.2 Effets de l'extension à l'Etat successeur**
- a) Lorsqu'une demande d'extension est faite conformément à la règle 32.1,
- i) l'Etat successeur est considéré comme ayant été désigné dans la demande internationale, et
- ii) le délai applicable selon l'article 22 ou 39.1) en ce qui concerne cet Etat est étendu jusqu'à l'expiration d'au moins trois mois à compter de la date de la demande d'extension.
- b) Lorsque, dans le cas d'un Etat successeur qui est lié par le chapitre II du traité, la demande d'extension a été faite après l'expiration du 19^e mois à compter de la date de priorité mais que la demande d'examen préliminaire international a été présentée avant l'expiration de ce délai, et lorsque l'Etat successeur fait l'objet d'une élection ultérieure dans les trois mois qui suivent la date de la demande d'extension, le délai applicable selon l'alinéa a)ii) est d'au moins 30 mois à compter de la date de priorité.
- c) L'Etat successeur peut fixer des délais qui expirent plus tard que ceux prévus aux alinéas a)ii) et b). Le Bureau international publie des informations sur ces délais dans la gazette.
- ii) Zahlung einer Erstreckungsgebühr in Schweizer Franken in Höhe der in Regel 15.2 Absatz a) genannten Bestimmungsgebühr an das Internationale Büro.
- d) Diese Regel findet auf die Russische Föderation keine Anwendung.
- 32.2 Wirkungen der Erstreckung auf den Nachfolgestaat**
- a) Wird ein Antrag auf Erstreckung gemäß Regel 32.1 gestellt,
- i) so gilt der Nachfolgestaat als in der internationalen Anmeldung bestimmt, und
- ii) verlängert sich die nach Artikel 22 oder 39 Absatz 1 für diesen Staat maßgebliche Frist bis zum Ablauf von mindestens drei Monaten seit dem Datum des Antrags auf Erstreckung.
- b) Ist für einen Nachfolgestaat Kapitel II des Vertrags verbindlich und ist der Antrag auf Erstreckung nach Ablauf, der Antrag auf internationale vorläufige Prüfung jedoch vor Ablauf des 19. Monats seit dem Prioritätsdatum gestellt worden und wird innerhalb von drei Monaten nach dem Datum des Antrags auf Erstreckung der Nachfolgestaat nachträglich ausgewählt, so beträgt die maßgebliche Frist nach Absatz a) Ziffer ii) mindestens 30 Monate seit dem Prioritätsdatum.
- c) Der Nachfolgestaat kann Fristen vorsehen, die später als die Fristen nach den Absätzen a) Ziffer ii) und b) ablaufen. Das Internationale Büro veröffentlicht Angaben über diese Fristen im Blatt.

Rule 37**Missing or Defective Title****37.1 [Amendment to the French text only]****37.2 Establishment of Title**

If the international application does not contain a title and the International Searching Authority has not received a notification from the receiving Office to the effect that the applicant has been invited to furnish a title, or if the said Authority finds that the title does not comply with Rule 4.3, it shall itself establish a title. Such title shall be established in the language in which the international application is published or, if a translation was transmitted under Rule 12.1(c) and the International Searching Authority so wishes, in the language of that translation.

Règle 37**Titre manquant ou défectueux****37.1 Titre manquant**

Si la demande internationale ne contient pas de titre et que l'office récepteur a notifié à l'administration chargée de la recherche internationale le fait que le déposant a été invité à corriger cette irrégularité, ladite administration procède à la recherche internationale, à moins qu'elle ne reçoive notification du fait que la demande internationale est considérée comme retirée.

37.2 Etablissement du titre

Si la demande internationale ne contient pas de titre et que l'administration chargée de la recherche internationale n'a pas reçu de l'office récepteur une notification selon laquelle le déposant a été invité à fournir un titre, ou si ladite administration constate que le titre n'est pas conforme aux dispositions de la règle 4.3, cette administration établit elle-même un titre. Ce titre est établi dans la langue de publication de la demande internationale ou, si une traduction a été transmise en vertu de la règle 12.1.c) et que l'administration chargée de la recherche internationale le souhaite, dans la langue de cette traduction.

Regel 37**Fehlende oder mangelhafte Bezeichnung****37.1 [Änderung betrifft nur die französische Fassung]****37.2 Festsetzung der Bezeichnung**

Enthält die internationale Anmeldung keine Bezeichnung und hat das Anmeldeamt die Internationale Recherchenbehörde nicht davon unterrichtet, daß der Anmelder zur Vorlage einer Bezeichnung aufgefordert worden ist, oder ist die Internationale Recherchenbehörde der Auffassung, daß die Bezeichnung gegen Regel 4.3 verstößt, so setzt sie selbst eine Bezeichnung fest. Diese Bezeichnung wird in der Sprache, in der die internationale Anmeldung veröffentlicht wird, oder, wenn eine Übersetzung nach Regel 12.1 Absatz c) übermittelt worden ist und die Internationale Recherchenbehörde dies wünscht, in der Sprache der Übersetzung festgesetzt.

Rule 38**Missing or Defective Abstract**

38.1 [Amendment to the French text only]

38.2 Establishment of Abstract

(a) If the international application does not contain an abstract and the International Searching Authority has not received a notification from the receiving Office to the effect that the applicant has been invited to furnish an abstract, or if the said Authority finds that the abstract does not comply with Rule 8, it shall itself establish an abstract. Such abstract shall be established in the language in which the international application is published or, if a translation was transmitted under Rule 12.1(c) and the International Searching Authority so wishes, in the language of that translation.

(b) [No change]

Rule 43**The International Search Report**

43.1 to 43.3 [No change]

43.4 Language

Every international search report and any declaration made under Article 17(2)(a) shall be in the language in which the international application to which it relates is published or, if a translation was transmitted under Rule 12.1(c) and the International Searching Authority so wishes, in the language of that translation.

43.5 to 43.10 [No change]

Rule 48**International Publication**

48.1 and 48.2 [No change]

48.3 Languages

(a) If the international application is filed in Chinese, English, French, German, Japanese, Russian or Spanish, that application shall be published in the language in which it was filed.

(b) If the international application is filed in a language other than Chinese, English, French, German, Japanese, Russian or Spanish, that application shall be published in English translation. The translation shall

Règle 38**Abrégé manquant ou défectueux**

38.1 Abrégé manquant

Si la demande internationale ne contient pas d'abrégé et que l'office récepteur a notifié à l'administration chargée de la recherche internationale le fait qu'il a invité le déposant à corriger cette irrégularité, ladite administration procède à la recherche internationale, à moins qu'elle ne reçoive notification du fait que la demande internationale est considérée comme retirée.

38.2 Etablissement de l'abrégé

a) Si la demande internationale ne contient pas d'abrégé et que l'administration chargée de la recherche internationale n'a pas reçu de l'office récepteur une notification selon laquelle le déposant a été invité à fournir un abrégé, ou si ladite administration constate que l'abrégé n'est pas conforme aux dispositions de la règle 8, elle établit elle-même un abrégé. Cet abrégé est établi dans la langue de publication de la demande internationale ou, si une traduction a été transmise en vertu de la règle 12.1.c) et que l'administration chargée de la recherche internationale le souhaite, dans la langue de cette traduction.

b) [Sans changement]

Règle 43**Rapport de recherche internationale**

43.1 à 43.3 [Sans changement]

43.4 Langue

Tout rapport de recherche internationale et toute déclaration faite en vertu de l'article 17.2)a) sont établis dans la langue de publication de la demande internationale à laquelle ils se rapportent ou, si une traduction a été transmise en vertu de la règle 12.1.c) et que l'administration chargée de la recherche internationale le souhaite, dans la langue de cette traduction.

43.5 à 43.10 [Sans changement]

Règle 48**Publication internationale**

48.1 et 48.2 [Sans changement]

48.3 Langues

a) Si la demande internationale est déposée en allemand, en anglais, en chinois, en espagnol, en français, en japonais ou en russe, elle est publiée dans la langue dans laquelle elle a été déposée.

b) Si la demande internationale est déposée dans une langue autre que l'allemand, l'anglais, le chinois, l'espagnol, le français, le japonais ou le russe, elle est publiée en traduction anglaise. La traduction est prépa-

Regel 38**Fehlende oder mangelhafte Zusammenfassung**

38.1 [Änderung betrifft nur die französische Fassung]

38.2 Festsetzung der Zusammenfassung

a) Enthält die internationale Anmeldung keine Zusammenfassung und hat das Anmeldeamt die Internationale Recherchenbehörde nicht davon unterrichtet, daß der Anmelder zur Vorlage einer Zusammenfassung aufgefordert worden ist, oder ist die Internationale Recherchenbehörde der Auffassung, daß die Zusammenfassung gegen Regel 8 verstößt, so erstellt sie selbst eine Zusammenfassung. Diese Zusammenfassung wird in der Sprache, in der die internationale Anmeldung veröffentlicht wird, oder, wenn eine Übersetzung nach Regel 12.1 Absatz c übermittelt worden ist und die Internationale Recherchenbehörde dies wünscht, in der Sprache der Übersetzung erstellt.

b) [Keine Änderung]

Regel 43**Der internationale Recherchenbericht**

43.1 bis 43.3 [Keine Änderung]

43.4 Sprache

Der internationale Recherchenbericht und Erklärungen nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a werden in der Sprache, in der die zugehörige internationale Anmeldung veröffentlicht wird, oder, wenn eine Übersetzung nach Regel 12.1 Absatz c übermittelt worden ist und die Internationale Recherchenbehörde dies wünscht, in der Sprache der Übersetzung erstellt.

43.5 bis 43.10 [Keine Änderung]

Regel 48**Internationale Veröffentlichung**

48.1 und 48.2 [Keine Änderung]

48.3 Sprache

a) Ist die internationale Anmeldung in chinesischer, deutscher, englischer, französischer, japanischer, russischer oder spanischer Sprache eingereicht worden, so wird sie in der Sprache veröffentlicht, in der sie eingereicht worden ist.

b) Ist die internationale Anmeldung in einer anderen als in chinesischer, deutscher, englischer, französischer, japanischer, russischer oder spanischer Sprache eingereicht worden, so wird sie in englischer

be prepared under the responsibility of the International Searching Authority, which shall be obliged to have it ready in time to permit international publication by the prescribed date, or, where Article 64(3)(b) applies, to permit the communication under Article 20 by the end of the 19th month after the priority date. Notwithstanding Rule 16.1(a), the International Searching Authority may charge a fee for the translation to the applicant. The International Searching Authority shall give the applicant an opportunity to comment on the draft translation. The International Searching Authority shall fix a time limit reasonable under the circumstances of the case for such comments. If there is no time to take the comments of the applicant into account before the translation is communicated or if there is a difference of opinion between the applicant and the said Authority as to the correct translation, the applicant may send a copy of his comments, or what remains of them, to the International Bureau and each designated Office to which the translation was communicated. The International Bureau shall publish the essence of the comments together with the translation of the International Searching Authority or subsequently to the publication of such translation.

(c) [No change]

48.4 to 48.6 [No change]

Rule 55
Languages
(International Preliminary Examination)

55.1 Language of Demand

The demand shall be in the language of the international application or, if the international application has been filed in a language other than the language in which it is published, in the language of publication. However, if a translation of the international application is required under Rule 55.2, the demand shall be in the language of that translation.

55.2 Translation of International Application

(a) Where the international application is neither filed nor published in the language, or one of the languages, specified in the agreement concluded between the International Bureau and the International Preliminary Examining Authority competent for the international preliminary examination of that application, that Authority may require that, subject to paragraph (b), the applicant furnish with the demand a translation of the international application into the language, or one of the languages, specified in the said agreement.

rée sous la responsabilité de l'administration chargée de la recherche internationale, qui doit la tenir prête suffisamment à temps pour que la publication internationale puisse être effectuée à la date prévue ou que, lorsque l'article 64.3b) s'applique, la communication prévue à l'article 20 puisse être effectuée avant l'expiration du dix-neuvième mois à compter de la date de priorité. Nonobstant les dispositions de la règle 16.1.a), l'administration chargée de la recherche internationale peut percevoir une taxe du déposant pour la traduction. L'administration chargée de la recherche internationale doit donner au déposant la possibilité de commenter le projet de traduction. Cette administration doit fixer un délai, raisonnable en l'espèce, pour ce commentaire. Si le temps manque pour prendre en considération le commentaire avant la communication de la traduction ou si le déposant et ladite administration sont en désaccord au sujet de la traduction correcte, le déposant peut adresser une copie de son commentaire ou de ce qu'il en reste au Bureau international et à chacun des offices désignés auxquels la traduction a été adressée. Le Bureau international publie l'essentiel du commentaire avec la traduction de l'administration chargée de la recherche internationale ou après la publication de cette traduction.

c) [Sans changement]

48.4 à 48.6 [Sans changement]

Règle 55
Langues
(examen préliminaire international)

55.1 Langue de la demande d'examen préliminaire international

La demande d'examen préliminaire international doit être présentée dans la langue de la demande internationale ou, si la demande internationale a été déposée dans une langue autre que celle de sa publication, dans la langue de publication. Cependant, si une traduction de la demande internationale est exigée en vertu de la règle 55.2, la demande d'examen préliminaire international doit être présentée dans la langue de cette traduction.

55.2 Traduction de la demande internationale

a) Lorsque la demande internationale n'est ni déposée ni publiée dans la langue, ou dans une des langues, précisées dans l'accord conclu par le Bureau international et l'administration chargée de l'examen préliminaire international qui est compétente pour l'examen préliminaire international de cette demande, ladite administration peut exiger que, sous réserve de l'alinéa b), le déposant remette avec la demande d'examen préliminaire international une traduction de la demande internationale dans la langue, ou dans une des langues, précisées dans l'accord en question.

Übersetzung veröffentlicht. Die Übersetzung wird unter der Verantwortung der Internationalen Recherchenbehörde angefertigt, die verpflichtet ist, sie so rechtzeitig zu erstellen, daß die internationale Veröffentlichung zum vorgeschriebenen Zeitpunkt oder, wenn Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe b Anwendung findet, die Übermittlung nach Artikel 20 vor Ablauf des 19. Monats nach dem Prioritätsdatum erfolgen kann. Unbeschadet der Regel 16.1 Absatz a kann die Internationale Recherchenbehörde von dem Anmelder eine Gebühr für die Übersetzung verlangen. Die Internationale Recherchenbehörde gibt dem Anmelder Gelegenheit, zu dem Entwurf der Übersetzung Stellung zu nehmen. Sie setzt dem Anmelder hierfür eine den Umständen nach angemessene Frist. Kann seine Stellungnahme aus Zeitgründen nicht berücksichtigt werden, bevor die Übersetzung versandt wird, oder besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Anmelder und der Behörde über die Richtigkeit der Übersetzung, so kann der Anmelder eine Kopie seiner Stellungnahme oder ihres nicht berücksichtigten Teils dem Internationalen Büro und jedem Bestimmungsamt, dem die Übersetzung übermittelt wurde, zusenden. Das Internationale Büro veröffentlicht den wesentlichen Inhalt der Stellungnahme zusammen mit der von der Internationalen Recherchenbehörde angefertigten Übersetzung oder nach der Veröffentlichung der Übersetzung.

c) [Keine Änderung]

48.4 bis 48.6 [Keine Änderung]

Regel 55
Sprachen
(internationale vorläufige Prüfung)

55.1 Sprache des Antrags

Der Antrag ist in der Sprache der internationalen Anmeldung oder, wenn diese in einer anderen Sprache eingereicht worden ist als der, in der sie veröffentlicht wird, in der Sprache der Veröffentlichung zu stellen. Ist jedoch eine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Regel 55.2 erforderlich, so ist der Antrag in der Sprache der Übersetzung zu stellen.

55.2 Übersetzung der internationalen Anmeldung

a) Wird die internationale Anmeldung nicht in der oder einer der Sprachen eingereicht oder veröffentlicht, die in der Vereinbarung zwischen dem Internationalen Büro und der für die internationale vorläufige Prüfung dieser Anmeldung zuständigen Behörde festgelegt sind, so kann diese Behörde verlangen, daß der Anmelder vorbehaltlich Absatz b zusammen mit dem Antrag eine Übersetzung der internationalen Anmeldung in der oder einer der in der Vereinbarung festgelegten Sprachen einreicht.

(b) Where a translation of the international application into a language referred to in paragraph (a) was transmitted to the International Searching Authority under Rule 12.1(c) and the International Preliminary Examining Authority is part of the same national Office or intergovernmental organization as the International Searching Authority, the applicant need not furnish a translation under paragraph (a). In such a case, unless the applicant furnishes a translation under paragraph (a), the international preliminary examination shall be carried out on the basis of the translation transmitted under Rule 12.1(c).

(c) If the requirement of paragraph (a) is not complied with and paragraph (b) does not apply, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to furnish the required translation within a time limit which shall be reasonable under the circumstances. That time limit shall not be less than one month from the date of the invitation. It may be extended by the International Preliminary Examining Authority at any time before a decision is taken.

(d) If the applicant complies with the invitation within the time limit under paragraph (c), the said requirement shall be considered to have been complied with. If the applicant fails to do so, the demand shall be considered not to have been submitted.

(e) Paragraphs (a) to (d) shall apply only where the International Preliminary Examining Authority has declared, in a notification addressed to the International Bureau, that it accepts to carry out international preliminary examination on the basis of the translation referred to in those paragraphs.

55.3 Translation of Amendments

(a) Where a translation of the international application is required under Rule 55.2, any amendments which are referred to in the statement concerning amendments under Rule 53.9 and which the applicant wishes to be taken into account for the purposes of the international preliminary examination, and any amendments under Article 19 which are to be taken into account under Rule 66.1(c), shall be in the language of that translation. Where such amendments have been or are filed in another language, a translation shall also be furnished.

(b) Where the required translation of an amendment referred to in paragraph (a) is not furnished, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to furnish the missing translation within a time limit which shall be reasonable under the circumstances. That time limit shall not be less than one month from the date of the invitation. It may be extended by the International Preliminary Examining Authority at any time before a decision is taken.

b) Lorsqu'une traduction de la demande internationale dans une langue visée à l'alinéa a) a été transmise à l'administration chargée de la recherche internationale en vertu de la règle 12.1.c) et que l'administration chargée de l'examen préliminaire international fait partie du même office national ou de la même organisation intergouvernementale que l'administration chargée de la recherche internationale, il n'est pas nécessaire que le déposant remette la traduction visée à l'alinéa a). Dans ce cas, à moins que le déposant remette la traduction visée à l'alinéa a), l'examen préliminaire international est effectué sur la base de la traduction transmise en vertu de la règle 12.1.c).

c) S'il n'est pas satisfait à l'exigence prévue à l'alinéa a) et que l'alinéa b) ne s'applique pas, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à remettre la traduction requise dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce. Ce délai est d'au moins un mois à compter de la date de l'invitation. Il peut être prorogé par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à tout moment avant qu'une décision ait été prise.

d) Si le déposant donne suite à l'invitation dans le délai visé à l'alinéa c), il est réputé avoir satisfait à l'exigence en question. Dans le cas contraire, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée.

e) Les alinéas a) à d) s'appliquent seulement lorsque l'administration chargée de l'examen préliminaire international a déclaré, dans une notification adressée au Bureau international, qu'elle accepte d'effectuer l'examen préliminaire international sur la base de la traduction visée dans ces alinéas.

55.3 Traduction des modifications

a) Lorsqu'une traduction de la demande internationale est exigée en vertu de la règle 55.2, toute modification qui est visée dans la déclaration concernant les modifications faite en vertu de la règle 53.9 et dont le déposant souhaite la prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international, et toute modification effectuée en vertu de l'article 19 qui doit être prise en considération selon la règle 66.1.c), doit être établie dans la langue de cette traduction. Lorsqu'une telle modification a été ou est déposée dans une autre langue, une traduction doit aussi être remise.

b) Lorsque la traduction exigée d'une modification visée à l'alinéa a) n'est pas remise, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à remettre la traduction manquante dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce. Ce délai est d'au moins un mois à compter de la date de l'invitation. Il peut être prorogé par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à tout moment avant qu'une décision ait été prise.

b) Ist der Internationalen Recherchenbehörde eine Übersetzung der internationalen Anmeldung in einer in Absatz a) genannten Sprache nach Regel 12.1 Absatz c) übermittelt worden und ist die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde Teil desselben nationalen Amtes oder derselben zwischenstaatlichen Organisation wie die Internationale Recherchenbehörde, so muß der Anmelder keine Übersetzung nach Absatz a) einreichen. In diesem Fall wird die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage der nach Regel 12.1 Absatz c) übermittelten Übersetzung durchgeführt, es sei denn, der Anmelder reicht eine Übersetzung nach Absatz a) ein.

c) Ist das Erfordernis von Absatz a) nicht erfüllt und Absatz b) nicht anwendbar, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, die erforderliche Übersetzung innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist einzureichen. Diese Frist darf nicht kürzer sein als ein Monat seit dem Datum der Aufforderung. Sie kann von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde jederzeit verlängert werden, solange noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

d) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der Frist nach Absatz c) nach, so gilt das Erfordernis als erfüllt. Andernfalls gilt der Antrag als nicht gestellt.

e) Die Absätze a) bis d) sind nur anzuwenden, wenn sich die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde in einer Mitteilung an das Internationale Büro dazu bereit erklärt hat, die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage der in diesen Absätzen genannten Übersetzung durchzuführen.

55.3 Übersetzung von Änderungen

a) Ist eine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Regel 55.2 erforderlich, so sind die in der Erklärung nach Regel 53.9 genannten Änderungen, die auf Wunsch des Anmelders für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung berücksichtigt werden sollen, sowie Änderungen nach Artikel 19, die nach Regel 66.1 Absatz c) berücksichtigt werden sollen, in der Sprache der Übersetzung abzufassen. Sind oder werden diese Änderungen in einer anderen Sprache eingereicht, so ist auch eine Übersetzung einzureichen.

b) Wird die nach Absatz a) erforderliche Übersetzung einer Änderung nicht eingereicht, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, die fehlende Übersetzung innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist einzureichen. Diese Frist darf nicht kürzer sein als ein Monat seit dem Datum der Aufforderung. Sie kann von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde jederzeit verlängert werden, solange noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

(c) If the applicant fails to comply with the invitation within the time limit under paragraph (b), the amendment shall not be taken into account for the purposes of the international preliminary examination.

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai visé à l'alinéa b), la modification n'est pas prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der Frist nach Absatz b nach, so wird die Änderung für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung nicht berücksichtigt.

Rule 60

Certain Defects in the Demand or Elections

60.1 Defects in the Demand

(a) If the demand does not comply with the requirements specified in Rules 53.1, 53.2(a)(i) to (iv), 53.2(b), 53.3 to 53.8 and 55.1, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to correct the defects within a time limit which shall be reasonable under the circumstances. That time limit shall not be less than one month from the date of the invitation. It may be extended by the International Preliminary Examining Authority at any time before a decision is taken.

(b) to (g) [No change]

60.2 [No change]

Règle 60

Irrégularités dans la demande d'examen préliminaire international ou dans les élections

60.1 Irrégularités dans la demande d'examen préliminaire international

a) Si la demande d'examen préliminaire international ne remplit pas les conditions spécifiées aux règles 53.1, 53.2.a)i) à iv), 53.2.b), 53.3 à 53.8 et 55.1, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à corriger les irrégularités dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce. Ce délai est d'au moins un mois à compter de la date de l'invitation. Il peut être prorogé par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à tout moment avant qu'une décision ait été prise.

b) à g) [Sans changement]

60.2 [Sans changement]

Regel 60

Bestimmte Mängel des Antrags oder der Auswahlerklärung

60.1 Mängel des Antrags

a) Entspricht der Antrag nicht den Regeln 53.1, 53.2 Absatz a Ziffern i bis iv, 53.2 Absatz b, 53.3 bis 53.8 und 55.1, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, diese Mängel innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist zu beheben. Diese Frist darf nicht kürzer sein als ein Monat seit dem Datum der Aufforderung. Sie kann von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde jederzeit verlängert werden, solange noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

b) bis g) [Keine Änderung]

60.2 [Keine Änderung]

Rule 61

Notification of the Demand and Elections

61.1 Notification to the International Bureau and the Applicant

(a) [No change]

(b) The International Preliminary Examining Authority shall promptly inform the applicant in writing of the date of receipt of the demand. Where the demand has been considered under Rules 54.4(a), 55.2(d), 57.4(c), 58.2(c) or 60.1(c) as if it had not been submitted or where an election has been considered under Rule 60.1(d) as if it had not been made, the International Preliminary Examining Authority shall notify the applicant and the International Bureau accordingly.

(c) [No change]

61.2 to 61.4 [No change]

Règle 61

Notification de la demande d'examen préliminaire international et des élections

61.1 Notification au Bureau international et au déposant

a) [Sans changement]

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international informe par écrit, à bref délai, le déposant de la date de réception de la demande d'examen préliminaire international. Lorsque cette demande est considérée, conformément aux règles 54.4.a), 55.2.d), 57.4.c), 58.2.c) ou 60.1.c), comme n'ayant pas été présentée ou lorsqu'une election est considérée, conformément à la règle 60.1.d), comme n'ayant pas été faite, cette administration le notifie au déposant et au Bureau international.

c) [Sans changement]

61.2 à 61.4 [Sans changement]

Regel 61

Mitteilung über den Antrag und die Auswahlerklärung

61.1 Mitteilungen an das Internationale Büro und den Anmelder

a) [Keine Änderung]

b) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde unterrichtet den Anmelder unverzüglich schriftlich über das Eingangsdatum des Antrags. Gilt der Antrag nach den Regeln 54.4 Absatz a, 55.2 Absatz d, 57.4 Absatz c, 58.2 Absatz c oder 60.1 Absatz c als nicht gestellt oder gilt eine Auswahlerklärung nach Regel 60.1 Absatz d als nicht erfolgt, so teilt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde dem Anmelder und dem Internationalen Büro dies mit.

c) [Keine Änderung]

61.2 bis 61.4 [Keine Änderung]

Rule 66

Procedure before the International Preliminary Examining Authority

66.1 to 66.8 [No change]

66.9 Language of Amendments

(a) Subject to paragraphs (b) and (c), if the international application has been filed in a language other than the language in which it is published, any amendment, as well as any letter referred to in Rule 66.8(a), shall be submitted in the language of publication.

Règle 66

Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international

66.1 à 66.8 [Sans changement]

66.9 Langue des modifications

a) Sous réserve des alinéas b) et c), si la demande internationale a été déposée dans une langue autre que celle de sa publication, toute modification, de même que toute lettre visée à la règle 66.8.a), doit être présentée dans la langue de publication.

Regel 66

Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

66.1 bis 66.8 [Keine Änderung]

66.9 Sprache der Änderungen

a) Ist die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache als der Sprache der Veröffentlichung eingereicht worden, so sind, vorbehaltlich Absätze b und c, Änderungen und Schreiben nach Regel 66.8 Absatz a in der Sprache der Veröffentlichung einzureichen.

(b) If the international preliminary examination is carried out, pursuant to Rule 55.2, on the basis of a translation of the international application, any amendment, as well as any letter referred to in paragraph (a), shall be submitted in the language of that translation.

(c) Subject to Rule 55.3, if an amendment or letter is not submitted in a language as required under paragraph (a) or (b), the International Preliminary Examining Authority shall, if practicable having regard to the time limit for establishing the international preliminary examination report, invite the applicant to furnish the amendment or letter in the required language within a time limit which shall be reasonable under the circumstances.

(d) If the applicant fails to comply, within the time limit under paragraph (c), with the invitation to furnish an amendment in the required language, the amendment shall not be taken into account for the purposes of the international preliminary examination. If the applicant fails to comply, within the time limit under paragraph (c), with the invitation to furnish a letter referred to in paragraph (a) in the required language, the amendment concerned need not be taken into account for the purposes of the international preliminary examination.

b) Si l'examen préliminaire international est effectué, conformément à la règle 55.2, sur la base d'une traduction de la demande internationale, toute modification, ainsi que toute lettre visée à l'alinéa a), doit être présentée dans la langue de cette traduction.

c) Sous réserve de la règle 55.3, si une modification ou une lettre n'est pas présentée dans la langue exigée à l'alinéa a) ou b), l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant, si cela est réalisable compte tenu du délai dans lequel le rapport d'examen préliminaire international doit être établi, à remettre, dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce, la modification ou la lettre dans la langue exigée.

d) Si, dans le délai visé à l'alinéa c), le déposant ne donne pas suite à l'invitation à remettre une modification dans la langue exigée, cette modification n'est pas prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international. Si, dans le délai visé à l'alinéa c), le déposant ne donne pas suite à l'invitation à remettre une lettre visée à l'alinéa a) dans la langue exigée, il n'est pas nécessaire que la modification en question soit prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international.

b) Wird die internationale vorläufige Prüfung nach Regel 55.2 auf der Grundlage einer Übersetzung der internationalen Anmeldung durchgeführt, so sind die in Absatz a genannten Änderungen und Schreiben in der Sprache der Übersetzung einzureichen.

c) Wird vorbehaltlich Regel 55.3 eine Änderung oder ein Schreiben nicht in der in Absatz a oder b vorgeschriebenen Sprache eingereicht, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, die Änderung oder das Schreiben innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist in der erforderlichen Sprache einzureichen, wenn dies im Hinblick auf die Frist für die Erstellung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts noch möglich ist.

d) Kommt der Anmelder der Aufforderung zur Einreichung einer Änderung in der erforderlichen Sprache nicht innerhalb der Frist nach Absatz c nach, so wird die Änderung für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung nicht berücksichtigt. Kommt der Anmelder der Aufforderung zur Einreichung eines Schreibens nach Absatz a in der erforderlichen Sprache nicht innerhalb der Frist nach Absatz c nach, so braucht die betreffende Änderung für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung nicht berücksichtigt zu werden.

Rule 70

The International Preliminary Examination Report

70.1 to 70.16 [No change]

70.17 Languages of the Report and the Annexes

(a) The report and any annex shall be in the language in which the international application to which they relate is published, or, if the international preliminary examination is carried out, pursuant to Rule 55.2, on the basis of a translation of the international application, in the language of that translation.

(b) [Remains deleted]

Règle 70

Rapport d'examen préliminaire international

70.1 à 70.16 [Sans changement]

70.17 Langues du rapport et des annexes

a) Le rapport et toute annexe sont établis dans la langue de publication de la demande internationale qu'ils concernent, ou, si l'examen préliminaire international est effectué, conformément à la règle 55.2, sur la base d'une traduction de la demande internationale, dans la langue de cette traduction.

b) [Reste supprimé]

Regel 70

Der internationale vorläufige Prüfungsbericht

70.1 bis 70.16 [Keine Änderung]

70.17 Sprache des Berichts und der Anlagen

a) Der Bericht und alle Anlagen werden in der Sprache, in der die betreffende internationale Anmeldung veröffentlicht ist, oder, wenn die internationale vorläufige Prüfung nach Regel 55.2 auf der Grundlage einer Übersetzung der internationalen Anmeldung durchgeführt wird, in der Sprache der Übersetzung abgefaßt.

b) [Bleibt gestrichen]

Rule 74

Translations of Annexes of the International Preliminary Examination Report and Transmittal Thereof

74.1 Contents of Translation and Time Limit for Transmittal Thereof

(a) Where the furnishing of a translation of the international application is required by the elected Office under Article 39(1), the applicant shall, within the time limit applicable under Article 39(1), transmit a translation of any replacement sheet referred to in Rule 70.16 which is annexed to the international preliminary examination report, unless such sheet is in the language of the required translation of the international application. The same time limit shall apply

Règle 74

Traduction et transmission des annexes du rapport d'examen préliminaire international

74.1 Contenu et délai de transmission de la traduction

a) Lorsque l'office élu exige la remise d'une traduction de la demande internationale, prévue à l'article 39.1), le déposant doit transmettre, dans le délai applicable selon l'article 39.1), une traduction de toute feuille de remplacement visée à la règle 70.16 qui est annexée au rapport d'examen préliminaire international, à moins qu'une telle feuille ne soit rédigée dans la langue dans laquelle la traduction de la demande internationale est exigée. Le même délai

Regel 74

Übersetzung der Anlagen des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und ihre Übermittlung

74.1 Inhalt der Übersetzung und Frist für ihre Übermittlung

a) Verlangt das ausgewählte Amt nach Artikel 39 Absatz 1 die Übermittlung einer Übersetzung der internationalen Anmeldung, so hat der Anmelder innerhalb der nach Artikel 39 Absatz 1 maßgebenden Frist diesem Amt eine Übersetzung der in Regel 70.16 genannten, dem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht als Anlage beigefügten Ersatzblätter zuzuleiten, es sei denn, diese Blätter sind in der Sprache der erforderlichen Übersetzung der internatio-

where the furnishing of a translation of the international application to the elected Office must, because of a declaration made under Article 64(2)(a)(i), be effected within the time limit applicable under Article 22.

(b) Where the furnishing under Article 39(1) of a translation of the international application is not required by the elected Office, that Office may require the applicant to furnish, within the time limit applicable under that Article, a translation into the language in which the international application was published of any replacement sheet referred to in Rule 70.16 which is annexed to the international preliminary examination report and is not in that language.

s'applique lorsque la remise d'une traduction de la demande internationale à l'office élu doit être effectuée, en raison d'une déclaration faite en vertu de l'article 64.2)a)i), dans le délai applicable selon l'article 22.

b) Lorsque l'office élu n'exige pas la remise d'une traduction de la demande internationale, prévue à l'article 39.1), il peut exiger que le déposant remette, dans le délai applicable selon cet article, une traduction, dans la langue de publication de la demande internationale, de toute feuille de remplacement visée à la règle 70.16 qui est annexée au rapport d'examen préliminaire international et qui n'est pas établie dans cette langue.

nalen Anmeldung abgefaßt. Dieselbe Frist ist maßgebend, wenn eine Übersetzung der internationalen Anmeldung beim ausgewählten Amt aufgrund einer Erklärung nach Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i innerhalb der nach Artikel 22 maßgebenden Frist einzureichen ist.

b) Verlangt das ausgewählte Amt keine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Artikel 39 Absatz 1, so kann es verlangen, daß der Anmelder, wenn die in Regel 70.16 genannten, dem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht als Anlage beigefügten Ersatzblätter nicht in der Sprache der Veröffentlichung der internationalen Anmeldung abgefaßt sind, eine Übersetzung in dieser Sprache innerhalb der nach Artikel 39 Absatz 1 maßgebenden Frist einreicht.

Rule 92

Correspondence

92.1 [No change]

92.2 Languages

(a) Subject to Rules 55.1 and 66.9 and to paragraph (b) of this Rule, any letter or document submitted by the applicant to the International Searching Authority or the International Preliminary Examining Authority shall be in the same language as the international application to which it relates. However, where a translation of the international application has been transmitted under Rule 12.1(c) or furnished under Rule 55.2(a) or (c), the language of such translation shall be used.

(b) to (e) [No change]

92.3 and 92.4 [No change]

Règle 92

Correspondance

92.1 [Sans changement]

92.2 Langues

a) Sous réserve des règles 55.1 et 66.9 et de l'alinéa b) de la présente règle, toute lettre ou tout document remis par le déposant à l'administration chargée de la recherche internationale ou à l'administration chargée de l'examen préliminaire international doit être rédigé dans la même langue que la demande internationale qu'il concerne. Cependant, si une traduction de la demande internationale a été transmise en vertu de la règle 12.1.c) ou remise en vertu de la règle 55.2.a) ou c), la langue de cette traduction doit être utilisée.

b) à e) [Sans changement]

92.3 et 92.4 [Sans changement]

Regel 92

Schriftverkehr

92.1 [Keine Änderung]

92.2 Sprachen

a) Vorbehaltlich Regeln 55.1 und 66.9 sowie Absatz b) ist ein vom Anmelder bei der Internationalen Recherchenbehörde oder der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde eingereichtes Schreiben oder Schriftstück in derselben Sprache abzufassen wie die zugehörige internationale Anmeldung. Ist jedoch eine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Regel 12.1 Absatz c) übermittelt oder nach Regel 55.2 Absatz a) oder c) eingereicht worden, so ist die Sprache der Übersetzung zu verwenden.

b) bis e) [Keine Änderung]

92.3 und 92.4 [Keine Änderung]

II.

Berichtigung der Ausführungsordnung zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)

Die deutsche Fassung der Regel 66.2 Absatz a) Ziffer ii wird wie folgt berichtigt:

In der Klammer wird vor dem Wort „nahezuliegen“ das Wort „nicht“ gestrichen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen**

Vom 4. Februar 1993

Der Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 785) ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Lettland	am	31. Januar 1992
Namibia	am	2. Oktober 1992.

Lettland hat seine Beitrittsurkunde am 31. Januar 1992 in London hinterlegt. Namibia hat seine Beitrittsurkunden am 2. Oktober 1992 in London, am 7. Oktober 1992 in Washington und am 9. Oktober 1992 in Moskau hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 28).

Bonn, den 4. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

Vom 8. Februar 1993

I.

Georgien hat dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 4. November 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385) notifiziert, das von der ehemaligen Sowjetunion ratifiziert worden war.

II.

Kroatien hat dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur mit Schreiben vom 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert, das vom ehemaligen Jugoslawien ratifiziert worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Januar 1993 (BGBl. II S. 138) und vom 18. April 1969 (BGBl. II S. 956).

Bonn, den 8. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Mali**

Vom 8. Februar 1993

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Angebot von Konsultationen gemäß Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885), das mit einer an die Regierung der Republik Mali gerichteten Verbalnote vom 8. September 1992 erfolgte, festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands vom 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Mali abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Januar 1993 (BGBl. II S. 189).

Bonn, den 8. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Anlage

1. Vereinbarung vom 1. April 1961 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali über die Errichtung von Wirtschafts- und Handelsmissionen
2. Abkommen vom 30. September 1963 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali über die produktionstechnische Ausbildung von Bürgern der Republik Mali in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik und in der Republik Mali
3. Abkommen vom 3. Juni 1954 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
4. Abkommen vom 3. Juni 1964 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern
5. Luftfahrtabkommen vom 8. Juni 1966 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mali
6. Handelsabkommen vom 15. Mai 1972 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali
7. Gemeinsames Kommuniqué vom 19. April 1973 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mali
8. Konsularvertrag vom 12. Juni 1980 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mali (GBl. 1981 II S. 11, 1982 II S. 80)
9. Abkommen vom 2. Februar 1988 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Mali über die Aufhebung der Visapflicht

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
sowie des Protokolls zum Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die langfristige Finanzierung des Programms
über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung
von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)**

Vom 8. Februar 1993

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 21. September 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem nachstehend aufgeführten Übereinkommen sowie Protokoll notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens und des Protokolls geworden:

- a) Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (BGBl. 1982 II S. 373)
- b) Protokoll vom 28. September 1984 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa – EMEP – (BGBl. 1988 II S. 421).

Ferner ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2, das Protokoll nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für

Zypern am 18. Februar 1992
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom

- a) 10. Juni 1991 (BGBl. II S. 796)
- b) 20. April 1989 (BGBl. II S. 431).

Bonn, den 8. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens über sichere Container**

Vom 8. Februar 1993

Slowenien hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 12. November 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Internationalen Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1985 II S. 1009 – notifiziert. Dementsprechend ist Slowenien am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Ferner hat das Vereinigte Königreich am 2. Dezember 1992 dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation die Erstreckung des Übereinkommens auf Guernsey mit Wirkung vom 1. Mai 1992 notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. November 1992 (BGBl. 1993 II S. 24).

Bonn, den 8. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens**

Vom 8. Februar 1993

Mit Zirkularnote vom 19. Januar 1993 teilte das Generalsekretariat des Europarats mit, daß die Slowakische Republik und die Tschechische Republik je eine Rechtsnachfolgeerklärung zu dem Europäischen Kulturabkommen vom 19. Dezember 1954 (BGBl. 1955 II S. 1128) abgegeben haben. Dementsprechend sind die Slowakische Republik und die Tschechische Republik am 1. Januar 1993, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, Vertragsparteien des vorstehend aufgeführten Abkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1132).

Bonn, den 8. Februar 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1992

Auslieferung ab Februar 1993

Teil I: 22,60 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 11,30 DM (1 Einbanddecke) einschließlich Porto und Verpackung

7% MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Hinweis: Einbanddecken für Teil I und Teil II können jetzt auch zur Fortsetzung bestellt werden.

Achtung: Zur Vermeidung von Doppellieferungen bitten wir vor der Bestellung zu prüfen, ob Sie nicht schon einen Fortsetzungsauftrag für Einbanddecken erteilt haben.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1